

Arbeitsgemeinschaft freie Wohlfahrtspflege Remscheid



AGW, Ute Feldbrügge, c/o DER PARITÄTISCHE | Elberfelder Str. 41 | 42853 Remscheid

Stadt Remscheid
Herr Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz
Theodor-Heuss-Platz 1
42853 Remscheid

Ute Feldbrügge
Sprecherin

Telefon: 02191/292071
Telefax: 02191/40871
Mobil: 0173 / 24 88 277

ute.feldbruegge@paritaet-nrw.org
www.agw-remscheid.de
Rückfragen: Ute Feldbrügge

Remscheid, 10. November 2014

Antrag

Zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 12.11.2014:

Schulsozialarbeit

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die AGW Remscheid bittet Sie darum, dass folgender Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses aufgenommen wird: „Schulsozialarbeit“

Begründung:

Die erfolgreiche Arbeit der Schulsozialarbeiter/-innen in unserer Stadt wird von allen Seiten als gelungenes Angebot bestätigt und hinsichtlich ihrer positiven Wirkung nicht infrage gestellt:

- Schulsozialarbeit ist Prävention, die ankommt. Sie trägt dazu bei, dass Kindern und Jugendlichen im entscheidenden Moment die benötigte Hilfe und Unterstützung erhalten, die sie brauchen, um nicht durchs Raster zu fallen.
- Schulsozialarbeit verbessert die Situation in allen Schulformen und ergänzt die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer, die sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.
- Schulsozialarbeit schafft nicht nur den Zugang zu den Unterstützungsleistungen des Bildungs- und Teilhabegesetzes, sie trägt dazu bei, dass Bildungslaufbahnen von Kindern und Jugendlichen nicht nachhaltig gestört werden.
- Schulsozialarbeit erhöht die Bildungschancen aller Kinder und Jugendlichen und trägt dazu bei, kein Kind und keinen Jugendlichen zurückzulassen.

- Schulsozialarbeit wird von den Eltern als Unterstützungsangebot angenommen.
- Schulsozialarbeit trägt dazu bei, sozialer Ausgrenzung entgegen zu wirken.

Es muss gelingen, die bisher durch das BuT abgesicherte Schulsozialarbeit in Remscheid zu erhalten, bis es zu einer durch Kommunen, Länder und den Bund abgestimmten, gemeinsam verantworteten und langfristigen Finanzierungsstrategie kommt, die jenseits von Projekt- und Modellvorhaben angesiedelt ist. Schulsozialarbeit liegt als Angebot im Rahmen der Jugendhilfe auch in kommunaler Verantwortung.

Zur Beschlussfassung durch den JHA:

Der Rat möge die Bereitstellung der erforderlichen kommunalen Mittel beschließen, um die bisher durch das BuT abgesicherte Schulsozialarbeit in Remscheid zu erhalten, bis es zu einer durch Kommunen, Länder und den Bund abgestimmten, gemeinsam verantworteten und langfristigen Finanzierungsstrategie kommt, die jenseits von Projekt- und Modellvorhaben angesiedelt ist.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Arno Matthies
stimmberechtigtes Mitglied JHA